

01.12.2010

Kleine Anfrage 370

des Abgeordneten Josef Rickfelder CDU

Versetzung von Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten nach der Fachprüfung

Durch die neue dezentrale Einstellungspraxis ist auch beabsichtigt, die jungen Polizistinnen und Polizisten zukünftig wohnortnah zu verwenden.

In der Vergangenheit war es so, dass junge Menschen aus überwiegend ländlichen Räumen sich bei der Polizei bewarben. Ihre Erstverwendung nach der Ausbildung fand jedoch in der Regel in den Ballungsräumen des Ruhrgebietes und der „Rheinschiene“ statt. Durch ein Sammeln von Versetzungspunkten wurde erreicht, dass eine wohnortnahe Verwendung nach einigen Jahren erreicht werden konnte.

Zum einen erschwert die bislang geltende Regelung die Versetzung von versetzungswilligen Polizistinnen und Polizisten von Großstädten in ländliche Bereiche, oftmals die Herkunftsregionen der jungen Kräfte.

Zum anderen wird durch das langwierige Versetzungsprozedere, in dem „Wartepunkte“ zu sammeln sind, die Altersstruktur in den eher ländlichen Gebieten nicht ausreichend schnell verjüngt. Neuer Sachverstand fehlt.

Die Lebensplanung der versetzungswilligen Polizistinnen und Polizisten wird unsicher, die soziale Situation ist häufig angespannt. Für die persönliche Motivation ist dies nicht förderlich.

Wenn nun zukünftig die Beamtinnen und Beamten aus der dezentralen Einstellung in die Erstverwendung – überwiegend wohnortnah – kommen, blockieren sie nach Informationen von Betroffenen diejenigen, die schon seit längerem in den Ballungsgebieten auf eine Versetzung warten.

Eine Regelung hierzu gibt es nach meinen Informationen derzeit nicht.

Vor diesem Hintergrund frage ich die Landesregierung:

1. Kann die Landesregierung diesen Sachverhalt bestätigen?

Datum des Originals: 30.11.2010/Ausgegeben: 02.12.2010

2. Wie viele Versetzungsgesuche im obigen Sinne liegen der Landesregierung vor?
3. Wie lange sind die durchschnittlich Wartedauern bis der Versetzung entsprochen werden kann?
4. Sieht die Landesregierung Regelungsbedarf in dieser Problematik?
5. Falls ja: Wann wird die Landesregierung im Sinne einer Optimierung handeln?

Josef Rickfelder